

Referendum gegen
das Energiegesetz
Unterschriftenbogen liegt bei.

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Frohe Weihnachten



Da bisher noch nicht genügend Unterschriften eingegangen sind, ersuchen wir Sie, möglichst rasch den beigelegten Bogen zu unterschreiben. Wenn schon erfolgt, bitte zusätzlich gleich den Angehörigen und Freunden an einer Feier rund um Weihnachten zur Unterschrift vorlegen. Danach können Sie den Bogen gratis in den nächsten Briefkasten werfen. Danke.

Die SVP in den Schweizer Medien

Das Wort des Parteipräsidenten



Maurer liebäugelt mit Armee-Einsatz

Ueli Maurer und die SVP lehnen die sofortige Verstärkung der Grenzwehr ab. Die SP vermutet, die SVP wolle das Terrain für einen Einsatz der Armee ebnen.

Daniel Friedli

Im Gezerre um das Bundesbudget für das nächste Jahr war dieser Entscheid einer der bemerkenswertesten: Gegen den Willen seiner Sicherheitspolitischen Kommission hat es der Nationalrat abgelehnt, das Grenzwehrkorps per 2017 um weitere 36 Stellen aufzustocken. Selbst die SVP sagte Nein dazu, obschon sie sonst immer mehr Überwachung an der Grenze fordert und auch ihre Sicherheitspolitiker den Antrag zuvor unterstützt hatten. Ihr Argument: So schnell lasse sich das Personal gar nicht mehr rekrutieren, ausbilden und auch bereits einsetzen; man würde nur Kreditreste produzieren.

Was weniger laut gesagt wurde: Die SVP und auch ihr Finanzminister Ueli Maurer setzen für den Fall der Fälle auf die Armee. Dies jedenfalls machte Maurer im



Bundesrat Ueli Maurer.

Herbst an einem Informationsanlass für Parlamentarier deutlich, wie mehrere Teilnehmer berichteten. Ein Armee-Einsatz an der grünen Grenze sei für 2017 durch eine Option, sagte er dort. 2016 wäre es dafür wohl zu früh gewesen, doch nächstes Jahr werde die Armee bereit sein.

Maurers Aussagen und der nachfolgende Schwenk der SVP wecken beim politischen Gegner Befürchtungen. Vor allem die SP sieht dahinter eine gezielte Strategie: Man schwächt die Grenzwehr, so dass die beiden SVP-Bundesräte, Maurer als Finanz- und Guy Parmelin als Verteidigungsminister, schneller den Einsatz der Armee beantragen können. Es sei offensichtlich, dass die SVP gar kein Interesse an einer starken Grenzwehr habe, sagt SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi. Viel lieber würde sie die Armee an die Grenze schicken und damit dem Volk vorgaukeln, das Land sei wegen der Flüchtlinge in ernster Gefahr. Das Notfallkonzept des Bundesrates sieht einen solchen Armee-Einsatz unter zwei Bedingungen vor: Wenn sich die Zahl der ankommenden Migranten rasch stark erhöht und gleichzeitig Grenzwehr und Polizei überfordert sind.

Bei der SVP tut man derlei Bedenken als Hirngespinnst ab. Das Nein zur sofortigen Aufstockung sei nach sorgfältiger Abwägung erfolgt, weil ein Kredit für 2017 schlicht nichts mehr genützt hätte, sagt Vize-Fraktionschef Thomas Aeschi. Dafür habe man aber eine Aufstockung ab 2018 beschlossen. Aeschi verneint nicht, dass die SVP im Notfall die Armee an die Grenze schicken möchte. «Wir befürworten aber auch eine Stärkung der Grenzwehr.»

gungsminister, schneller den Einsatz der Armee beantragen können. Es sei offensichtlich, dass die SVP gar kein Interesse an einer starken Grenzwehr habe, sagt SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi. Viel lieber würde sie die Armee an die Grenze schicken und damit dem Volk vorgaukeln, das Land sei wegen der Flüchtlinge in ernster Gefahr. Das Notfallkonzept des Bundesrates sieht einen solchen Armee-Einsatz unter zwei Bedingungen vor: Wenn sich die Zahl der ankommenden Migranten rasch stark erhöht und gleichzeitig Grenzwehr und Polizei überfordert sind.

Bei der SVP tut man derlei Bedenken als Hirngespinnst ab. Das Nein zur sofortigen Aufstockung sei nach sorgfältiger Abwägung erfolgt, weil ein Kredit für 2017 schlicht nichts mehr genützt hätte, sagt Vize-Fraktionschef Thomas Aeschi. Dafür habe man aber eine Aufstockung ab 2018 beschlossen. Aeschi verneint nicht, dass die SVP im Notfall die Armee an die Grenze schicken möchte. «Wir befürworten aber auch eine Stärkung der Grenzwehr.»



Liefern Sie bitte sofort noch Unterschriften gegen das Energiegesetz!

Liebe SVP-Mitglieder

Wenn wir das Energiegesetz nicht bekämpfen, werden Strom-, Benzin- und Ölpreise in den nächsten Jahren steigen. Davon sind besonders der ländliche Raum, Familien, KMUs und Landwirtschaftsbetriebe sowie Mieterinnen und Mieter betroffen. Mit den vorgesehenen Massnahmen sind horrenden Kosten von ca. Fr. 3200.- pro Familie und Jahr zu erwarten. Damit wir über diese Vorlage abstimmen können, brauchen wir bis Ende Jahr 50'000 Unterschriften.

Da bisher noch nicht genügend Unterschriften eingegangen sind, ersuchen wir Sie eindringlich, noch möglichst rasch den beigelegten Bogen zu unterschreiben oder wenn schon erfolgt, den Angehörigen und Freunden gleich an Weihnachten zur Unterschrift vorzulegen und gratis in den nächsten Briefkasten werfen.

Zwei bis drei Unterschriften ein kleiner Aufwand – für einen grossen Ertrag. Wir danken Ihnen und besonders all jenen, die bereits fleissig gesammelt haben, herzlich für die geschätzte Unterstützung.

Wir wünschen Ihnen über die Festtage die nötige Ruhe und Erholung im Kreis Ihrer Familien, verbunden mit den besten Wünschen für das neue Jahr, insbesondere guter Gesundheit. Ich freue mich auf die weitere Arbeit mit Ihnen zusammen. Es wird die SVP für wichtige Weichenstellungen für unser Land im kommenden Jahr mehr denn je brauchen. Herzlichen Dank, dass ich auf Sie zählen kann.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz



Brunners Strichliste und die «pfefferscharfe Umsetzung»

Keine strafrechtlichen Landesverweisungen seit dem 1. Oktober



SVP verzichtet auf MEI-Referendum

Im Streit um die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative lenkt die SVP ein: Gemäss Albert Rösti ergreift die Partei kein Referendum.



«Dann würde man die Bevölkerung an die Urne holen, ohne dass es etwas bringt»: SVP-Präsident Albert Rösti gibt gegenüber SRF bekannt, dass die Partei auf ein Referendum verzichtet.

Fast 200 Personen haben am 7. Dezember am traditionellen Fraktionssessen, welches jeweils am Ende des Jahres stattfindet, teilgenommen. Darunter waren sowohl der neue Nationalratspräsident Jürg Stahl als auch die ehemaligen und aktuellen Bundesräte der SVP.



Nationalrat Felix Müri hat das Fraktionssessen ein weiteres Mal hervorragend organisiert.



Der neugewählte Nationalratspräsident Jürg Stahl erhielt sein «Samichlouse-Säckli» und die dazugehörige Rute, damit er im Nationalrat auch für Ordnung sorgen kann.



Fraktionschef Adrian Amstutz bedankt sich beim Nationalratspräsident und den Bundesräten. Hier im Bild mit Finanzminister Ueli Maurer.



Sicherheitspolitisches Gespräch zwischen Guy Parmelin, Chef des VBS und Nationalrat Beat Arnold.



Adrian Amstutz im Gespräch mit alt Bundesrat Adolf Ogi.



Fast 200 Personen haben am Fraktionssessen der SVP Schweiz, welches zum ersten Mal im Kursaal stattfand, teilgenommen.

Für die Schweizer KMU – JA zur Steuerreform

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wollen arbeiten und Jobs mit Zukunftsperspektive. Unsere Jugendlichen wollen in ihre Ausbildung investieren und den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen. Und unsere KMU wollen Aufträge ausführen und Dienstleistungen und Produkte verkaufen. Damit die Schweiz auch künftig zu den innovativsten und wettbewerbsfähigsten Ländern gehört, müssen wir uns international gut aufstellen. Das tun wir mit der Unternehmenssteuerreform III, über die wir am 12. Februar 2017 abstimmen.

Mit der Steuerreform sorgen wir dafür, dass die Schweiz weiterhin ein attraktiver Standort für kleine und grosse Unternehmen ist. Dass es eine Reform braucht, ist unbestritten. Heute profitieren gewisse Unternehmen von Sonderregeln, die ausländische Gewinne tiefer besteuern. In Zukunft werden alle Unternehmen mit dem gleichen Steuersatz besteuert. Das schafft gleichlange Spiesse für Schweizer KMU gegenüber den internationalen Firmen. Die Grossen werden künftig tendenziell mehr Steuern zahlen.

Hohe Wichtigkeit für KMU

Die KMU sind auf einen attraktiven Standort Schweiz angewiesen. Auf einen Wirtschaftsstandort, der sich nach vorne orientiert und weiterhin auch grosse internationale Unternehmen anziehen will. Zu diesen stehen die KMU in einer engen Wechselbeziehung. Grosse Unternehmen sind wichtige Auftraggeber und Abnehmer von Zulieferern aus dem Gewerbe. Für Arbeitsplätze, Innovationen und Wohlstand. Dafür steht die Steuerreform, an der die KMU das grösste Interesse haben. Kommt hinzu: Falls in gewissen Kantonen die Steuern gesenkt werden, profitieren davon kaum die bisher privilegierten Unternehmen, sondern hauptsächlich die KMU.

Was passiert bei einem Nein?

Die heutigen Steuersysteme in den Kantonen müssen auch bei einem Nein abgeschafft werden. Das würde Bund, Kantone und Gemeinden in eine missliche Lage bringen.

- Die Schweiz büsst stark an Wettbewerbsfähigkeit ein.
- Über 150'000 Arbeitsplätze werden direkt gefährdet.
- Aufträge und Kunden von KMU verschwinden.
- Steuereinnahmen von über 5 Milliarden Franken sind bedroht.
- Rechtsunsicherheit ist Gift für die Wirtschaft.

Ein Nein ändert einzig die Begleitumstände der Systemänderung. Ohne nationale Steuerreform fehlt den Kantonen der Spielraum und das Geld, um die Systemänderung abzufedern. Darum empfehlen kantonale Finanzdirektoren von links bis rechts ein Ja.

Deshalb gibt es nur eines: Am 12. Februar 2017 an die Urne gehen und mit einem Ja zur USR III ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz Schweiz abgeben und damit die KMU, das Rückgrat unserer Volkswirtschaft, stärken statt mutwillig schwächen.

Ja zu
sicheren Arbeitsplätzen

von Nationalrat Jean-François Rime
Präsident des Schweizerischen
Gewerbeverbandes sgV, Bulle (FR)



Adoptierte Staatskinder? Besser nicht!

Die Schweizer Stimmbürger werden entscheiden, ob sie die Einbürgerungsverfahren für Ausländer der 3. Generation vereinfachen wollen, also Ausländer, deren Grosseltern und Eltern bereits in der Schweiz gelebt haben, die aber eine Einbürgerung ablehnten oder die dazu zu schlecht integriert waren.

Statt zu fragen, weshalb die Eltern und Grosseltern nicht eingebürgert wurden, soll diese 3. Generation neu mit einem raschen, weniger aufwändigen Verfahren und noch weniger Kontrolle oder Überprüfung den Schweizer Pass erhalten.

Mit Masseneinbürgerungen Ausländeranteil senken

Im Parlament wurde acht Jahre lang über diese Frage beraten bis sich die Linke durchsetzen konnte. Mit Masseneinbürgerungen soll der Ausländeranteil gesenkt werden, um weiterhin eine hohe Einwanderung zuzulassen, so die Argumentation. Das überzeugte auch die Demokratiefinde in der FDP, die ohnehin jeder Möglichkeit zustimmen, die eine hohe Einwanderung sicherstellt. Cédric Wermuth (SP) jubelte in der Arena nach dem Beschluss und sprach von zwei Millionen zusätzlichen Einbürgerungen. Eine Katastrophe für die Schweiz.

Wer sich einbürgern will, kann es heute schon

Es besteht gar kein Handlungsbedarf. Der Schweizer Pass war noch nie so einfach zu haben wie heute. Die Zahl der Einbürgerungen stieg alleine letztes Jahr um fast ein Viertel. Insgesamt erhielten 40'700 Ausländer die schweizerische Staatsbürgerschaft. Dabei ist es egal, welcher Generation jemand entstammt: Wer sich einbürgern lassen will und die Bedingungen erfüllt, bekommt den Schweizer Pass heute schon.

Terroristen mit Schweizer Pass?

Gerade die 3. Generation gilt als besonders «problematisch». In Frankreich wurden die jungen Ausländer bis 1993 automatisch bei Volljährigkeit eingebürgert. Jugendliche, die den Gewaltaufrufen irgendwelcher Islamisten



Der Schweizer Pass war noch nie so einfach zu haben wie heute. Die Zahl der Einbürgerungen stieg alleine letztes Jahr um fast ein Viertel. Insgesamt erhielten 40'700 Ausländer die schweizerische Staatsbürgerschaft.

folgen, haben eines gemeinsam: Sie sind französische Staatsbürger.

Der Psychologe und Soziologe Ahmad Mansour nennt die 3. Generation «Generation Allah». Diese habe ihre Einstellungen und Werte von ihren Eltern übernommen und viel strenger interpretiert. Aber sie hätten kein tiefergehendes Wissen über ihre Religion wie ihre Eltern.

Vor allem die dritte Generation muslimischer Zuwanderer ist anfällig für Salafismus und Islamismus, sagt auch Islamwissenschaftler Marwan Abou-Taam. Der Polizeiberater warnt vor Verbindungen ins kriminelle Milieu. In Österreich nennt man die 3. Generation «Generation haram»: «Was Sünde ist, entscheiden sie: Muslimische Teenager haben ein neues Jugendwort: «Haram!» heißt es auf YouTube, Instagram und im Klassenzimmer. Was als Spass begann, entwickelt sich zu einem gefährlichen Trend.» (Bericht in der österreichischen Migrantenzeitschrift «dasbiber» von Dezember 2016.)

«Homegrown-Terrorismus»

In Deutschland warnt die Kriminalpolizei in Broschüren, welche allen Schulen zugeschickt werden, denn Jugendliche spielen im Bereich des Jihadismus eine immer grössere Rolle:

- Der Einstieg in die jihadistische Szene erfolge laut einer BKA-Studie in der Regel zwischen 16 und 19 Jahren.

- Dabei falle auf, dass Personen des sogenannten «Homegrown-Spektrums», d.h. hier aufgewachsene radikalisierte Migranten der 2. und 3. Generation, aktionsorientierter seien. Der «Homegrown»-Anteil sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Einer der Hauptgründe der Radikalisierung – da sind sich die Experten einig – sei der Assimilationsdruck auf Jugendliche. Und der wird mit einer Direkteinbürgerung – wie die Vorlage es will – bloss verschärft.

Die Schweiz bürgert bereits grosszügig ein. Jede Person muss aber genau und gründlich geprüft werden. Bei der dritten Generation gibt es keinen Grund, darauf zu verzichten. Im Gegenteil: Gerade da muss besonders genau hingeschaut werden, damit nicht adoptierte Staatskinder mit Terrorismus-Sympathie und Schweizer Pass herangezogen werden. Die Vorlage der erleichterten Einbürgerung ist klar abzulehnen.

von Nationalrat
Lukas Reimann,
Wil (SG)



Farb-Laserdrucker **GRATIS!**

Lexmark C748de (empf. VP Fr. 1429.- exkl. MwSt.)

33 Farb-Seiten/min., 1200 dpi, Duplex, 100+550 Blatt Papiervorrat
Netzwerk, Farb-Touchscreen 10,9 cm, 1 Jahr Onsite-Garantie.

Sie bezahlen nur das Verbrauchsmaterial!

Toner bis Fr. 750- günstiger

10'000 Farbdrucke à 6,5 Rp. = **Fr. 650.-**

statt bis Fr. 1400.00 oder mehr. 20'000 Farbdrucke = **Fr. 1300.-**

statt bis Fr. 2'800.- Wir verraten Ihnen den Unterschied zu
Ihren aktuellen Geräten, um zu zeigen, was Sie verschenken.

Bei A3-Geräten mit Service-Abo **idealer Reserve-Drucker** bei
Ausfall. Zudem günstiger: 6,5 Rp. 8 - 10 Rp.

Weitere GRATIS-Angebote:

s/w-Drucker (24 = 24000 Seiten minimal)	1,9 Rp.
s/w-Drucker/Kopierer/Scanner/Fax (16)	3,5 Rp.
s/w-Drucker A3 (20)	5,8 Rp.
s/w-Drucker/Kopierer/Scanner A3 (20)	6,8 Rp.
Fardrucker A4 (6)	7,0 Rp.
Farbdrucker A4 Turbo (47 Farb-S./min.) (11)	8,0 Rp.
Farbdrucker/Kopierer/Scanner/Fax (20)	8,7 Rp.
dito Turbo (47 Farb-S.min.) (33)	14,0 Rp.
Farbdrucker A3 (18)	9,0 Rp.
Farbdrucker/Kopierer/Scanner/Fax A3 (22)	15,6 Rp.

SOLANGE VORRAT! exkl. MWSt.

10% Zusatz-Rabatt für SVP-Mitglieder

OCOTEX AG – info@ocotex.ch - 041 799 50 00

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI



DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60

4601 Olten

T 062 205 75 75

www.dietschi-pd.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT 2017

Mehr als 60'000 Leser in der
Deutschschweiz und in der
Romandie. Informationen erhalten
Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

GOAL GLOSSAR

Wiederholung

Wiederholung

<lat.> repetitio (Wiederholung);

abgel. v. <lat.> repetere (fordern, erneut vornehmen)

Erfolgreiche Kampagnen fordern die Aufmerksamkeit der Zielgruppe. Damit diese geweckt wird, braucht es den Mut, sich auf eine zentrale Botschaft zu konzentrieren und diese immer und immer wieder zu wiederholen. Denn Wiederholung ist die Mutter des Erfolgs.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, wikipedia, SVP Schweiz, Staatskanzlei Kanton Zürich.

Ja zum «NAF» - Ja zur Staubeseitigung

Am 12. Februar 2017 stimmen wir über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) ab. Bundesrat und Parlament haben zugestimmt. Zweck ist die langfristige Finanzierung der Nationalstrassen, die Schliessung von Kapazitätsengpässen auf unseren wichtigsten Strassen und die finanzielle Unterstützung von Projekten für den Agglomerationsverkehr.

Der «NAF» sichert die Finanzierung für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt unserer Strassen. Da die Schiene mit «FABI» bereits über einen solchen Fonds verfügt, wird die Schaffung eines Strassenfonds auf politischer Ebene klar unterstützt. Somit stellen wir eine Gleichbehandlung von Strasse und Schiene her.

Immer mehr Staus wegen steigender Mobilität und Zuwanderung

Wer auf der Strasse unterwegs ist, sei es als Autofahrer, Lastwagenfahrer, Motorradfahrer oder Velofahrer, spürt täglich, dass der Verkehr in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Die Stautunden steigen jährlich. Seit 2009 haben sich die Staus auf unseren Autobahnen gar verdoppelt. Und die Blechlawinen in Städten und Agglomerationen werden immer länger. Es ist unbestritten, dass dringend in die Nationalstrassen und auch in die Kantonsstrassen investiert werden muss. Mit dem «NAF» soll nun die Finanzierung sichergestellt werden, um das Nationalstrassennetz fertigzustellen, Engpässe in Agglomerationen zu beseitigen und wichtige Strassenprojekte verwirklichen zu können. Mit der Schaffung dieses Strassenfinanzierungs-Fonds kann der Bund eine langfristige Finanzierung des Infrastrukturausbaus garantieren.

Geld der Strassenbenutzer für die Strassenbenutzer

Der Fonds wird unter anderem finanziert durch zweckgebundene Ein-

nahmen aus der Automobilsteuer. Aktuell fließen die Einnahmen von ca. 400 Mio. Franken in die allgemeine Bundeskasse. Neu gehören diese Millionen voll und ganz in den «NAF» und kommen damit auch wirklich den Strassenbenutzern zugute. Hinzu kommen ein Teil der

schliesslich auch Elektroautos eine Abgabe entrichten, da diese die Strasseninfrastruktur selbstverständlich auch benutzen und belasten. Bis jetzt haben sie sich nicht an den Kosten beteiligen müssen.

Ja zum «NAF» wichtig für unser Land

Um unser Verkehrssystem der stetig steigenden Benutzung anzupassen und die vielen Engpässe auf den Nationalstrassen und den Agglomerationen zu beseitigen, braucht es die Schaffung des «NAF». Ein weiterer Ausbau der Strassen ist für die Gesellschaft, Wirtschaft, das Gewerbe und nicht zuletzt für den Tourismus dringend nötig.

Es braucht am 12. Februar 2017 ein JA zum «NAF», damit das Schweizer Verkehrsnetz bedarfsgerecht ausgebaut werden kann, um Engpässe zu beseitigen und somit Agglomerationen und Städte zu entlasten, um Land- und Randregionen zu stärken und die Wirtschaft, KMUs und die Bürgerinnen und Bürger von kostspieligen Stautunden zu befreien.



Mineralölsteuer (etwa 10 Prozent mehr als aktuell) sowie die Erträge der Autobahnvignette.

Einziger Wermutstropfen ist eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 4 Rappen pro Liter, welche die SVP nicht verhindern konnte. Aber diese Erhöhung ist notwendig, um eine solide Finanzierung des «NAF» zu gewährleisten. Ab 2020 sollen

von Nationalrätin
Nadja Pieren,
Burgdorf (BE)



"Demokratie

Der Nationalrat hat den 48-Jährigen aus Brütten bei Winterthur zu Beginn der Winter-session zum Präsidenten gewählt. Auf Stahl entfielen 157 von 172 gültigen Stimmen.

SVP-Klartext: Nur wenige Menschen haben die Ehre, einmal im Leben höchster Schweizer zu sein. Was ist das für ein Gefühl?

Jürg Stahl: Es ist speziell für meine Familie und mich. Ich habe vor dieser Aufgabe grossen Respekt. Aber es ist ein Privileg und es macht mich schon stolz! Schlussendlich möchte ich zu Gunsten unseres Landes mit den wichtigsten Attributen „Demokratie & Freiheit“ meine Arbeit einfach nur gut machen!

Wo möchtest du in deinem Präsidialjahr den Schwerpunkt setzen?

Ich möchte den „unauffälligen, unspektakulären und sich für die Gesellschaft einsetzenden“ Menschen eine Stimme geben. Es gibt Hunderttausende in der Schweiz, die am Morgen aufstehen und ohne grosses Aufsehen ihre Arbeit gut machen. Aus Überzeugung und ohne den Anspruch zu haben, dass es die Öffentlichkeit bemerkt. Aber genau das macht unsere Schweiz aus – Menschen die sich für andere einsetzen, die im Freundeskreis, in der Familie, am Arbeitsplatz, im Quartier und in Vereinen Leistung erbringen. Tag für Tag, manchmal unbemerkt seit Jahren oder Jahrzehnten! Ich empfinde das

nicht als Selbstverständlichkeit und möchte all diese Menschen an meinem Präsidialjahr partizipieren lassen – denn sie bilden das starke Fundament unseres Landes!



Nationalratspräsident Jürg Stahl

- Geboren am 16. Januar 1968
- Wohnort: Brütten (ZH)
- Zivilstand: verheiratet mit Sabine, Vater einer Tochter
- Berufliche Tätigkeit: Mitglied der Direktion Groupe Mutuel Versicherungen SA
- Ausbildung: Eidg. dipl. Drogist, Höhere Fachschule und Meisterprüfung, Nachdiplomstudium HSG KMU Uni St. Gallen
- Präsident von Swiss Olympics

Was ist das wichtigste politische Thema, das die Schweiz 2017 beschäftigen wird?

Die Altersvorsorge so in die nächsten zwei Dekaden zu führen, dass sie bezahlbar für die jüngere Generation und

Wirtschaft ist und den Respekt vor den Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, behält. Diese Balance ist schwierig zu finden. Das wichtigste – eben auch unspektakuläre, weil zu oft als selbstverständlich angesehene – Thema ist und bleibt eine funktionierende und erfolgreiche Wirtschaft mit Vollbeschäftigung. Reformen, Begehrlichkeiten und Wohlstand sind nur mit einem vernünftig funktionierenden Wirtschaftsmotor möglich.

Die EU ist ebenfalls ein zentrales Thema in der Schweizer Politik. Braucht es das von der EU geforderte «institutionelle Rahmenabkommen» mit der Schweiz, das möglicherweise 2017 zum Abschluss kommen und uns noch näher an die EU binden wird?

Nein. Die Tatsache, dass wir seit 1848 mit der modernen Schweiz und ihren Institutionen immer das Volk als abschliessender Souverän massgeblich mit in die Entscheidungen verankert haben, zeigt, dass es hier in diesem

Grundwert nichts zu rütteln gibt. Dabei aber weltoffen zu sein, ist kein Widerspruch, denn die Schweiz als kleines Land hat schon immer erfolgreiche Handelsbeziehungen geführt.

& Freiheit"

Eine Mehrheit des Parlaments setzt sich für eine Nichtumsetzung des Zuwanderungsartikels in unserer Verfassung ein. Müssen wir wirklich aus Furcht vor der EU klare Forderungen der Bundesverfassung ignorieren?

Als Nationalratspräsident ist es meine Aufgabe in dieser Debatte die Plattform zu schaffen, dass die verschiedenen politischen Kräfte die Auseinandersetzung korrekt führen können. Klar schmerzt es mich, wenn ich vorne sitze und feststellen muss, dass die Sorgen der Bevölkerung schöneredet und zurechtgebeugt werden! Das

höchste Gebot bleibt in unserer Demokratie das Respektieren eines Entscheides.

Als Präsident von Swiss Olympic bist du seit kurzem auch höchster Sportler. Swiss Olympic setzt sich dafür ein, immer mehr Bundesmittel zu erhalten. Gleichzeitig bist du als SVP-Nationalrat aber dagegen, dass der Staat überall mitbezahlt. Ein Widerspruch?

Der Sport nimmt in unserer Gesellschaft einen speziellen Stellenwert ein. Der Erfolg des Schweizersports basiert auf einer enormen ehrenamtlichen Leistung. Damit wir viele

Menschen bewegen können, brauchen wir eine erfolgreiche Spitze. Mein Lieblingsthema ist die Geschichte der „vielen kleinen Giulias“ die inspiriert und motiviert werden durch die „Grosse“ Giulia Steingruber, die als Vorbild (nicht nur sportlich, sondern auch menschlich) die Farben unseres Landes an medial wirksamen Grossveranstaltungen erfolgreich vertritt! Und da darf – und muss aus meiner Sicht – der Staat doch auch in die nötigen Infrastrukturen und Voraussetzungen investieren. Ich will, dass der Weg zum Podest unterstützt wird und nicht das Podest!



Jürg Stahl mit seiner Frau Sabine beim Empfang am Wohnort Brütten. Das Dorf mit 2000 Einwohnern hatte viel vorbereitet für den hohen Besuch. Mit vielen geladenen Gästen aus Politik, Militär und Sport reiste Jürg Stahl später weiter an den Flughafen Kloten.

Verfassungsbruch!

Mit der NICHT-Umsetzung des am 9. Februar 2014 von Volk und Ständen beschlossenen Auftrages der Steuerung der Zuwanderung begeht das Parlament einen in dieser absoluten Form einmaligen Verfassungsbruch. Die Bilanz nach fast drei Jahren Auftragsverweigerung der Bundesrats- und Parlamentsmehrheit ist katastrophal und die von FDP-Architekten entworfene Gesetzesruine ist nichts anderes als die vorausseilende Kapitulation vor der EU. Eine die Mehrheit von Volk und Ständen demütigende einseitige Unterwerfungserklärung.

Vergleichen wir doch den von Volk und Ständen beschlossenen Verfassungsauftrag mit dem nun vorliegenden Verfassungsbruch-Gesetz;

Art. 121a BV

1 Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig

➡ Nicht erfüllt!

2 Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.

➡ Nicht erfüllt!

Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens.

➡ Nicht erfüllt!

Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

➡ Nicht erfüllt!

3 Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer (nicht nur von Arbeitslosen und schon gar nicht von allen arbeitssuchenden EU-Bürgern) auszurichten, die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen.

➡ Nicht erfüllt!

Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

➡ Nicht erfüllt!

4 Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

➡ Nicht erfüllt!

(Die Bundesrats- und Parlamentsmehrheit wollen jetzt sofort verfassungswidrig die masslose Zuwanderung auf Kroatien ausdehnen)!

Art. 197 BV

11. Übergangsbestimmung zu Art. 121a (Steuerung der Zuwanderung)

1 Völkerrechtliche Verträge, die Artikel 121a widersprechen, sind innerhalb von drei Jahren nach dessen Annahme durch Volk und Stände neu zu verhandeln und anzupassen.

➡ Nicht erfüllt!

Hier handelt die Bundesratsmehrheit sogar gegen seine eigenen Grundsätze, die der Bundesrat im Bericht vom 5. März 2010 über „das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht“ klipp und klar ausgeführt hat. Auf Seite 2317 steht wörtlich; „Wenn eine völkerrechtskonforme Umsetzung nicht möglich ist, ist als Ultima Ratio die Kündigung des völkerrechtlichen Abkommens zu erwägen. Ist es das offensichtliche Ziel einer Initiative, gegen nicht zwingendes Völkerrecht zu verstossen, oder kann die neue

Verfassungsbestimmung nicht völkerrechtskonform umgesetzt werden, so vertritt der Bundesrat die Auffassung, dass die Annahme der Initiative durch Volks und Stände als Auftrag zur Kündigung der entgegenstehenden internationalen Verpflichtungen zu verstehen sind.“ Genau dies hat der Bundesrat in seiner Abstimmungsbotschaft auf Seite 36 zur Volksinitiative „Gegen Massenzuwanderung“ der Schweizer Stimmbevölkerung mitgeteilt. Die Bevölkerung hat also im vollen Wissen um die möglichen Folgen die Initiative angenommen.

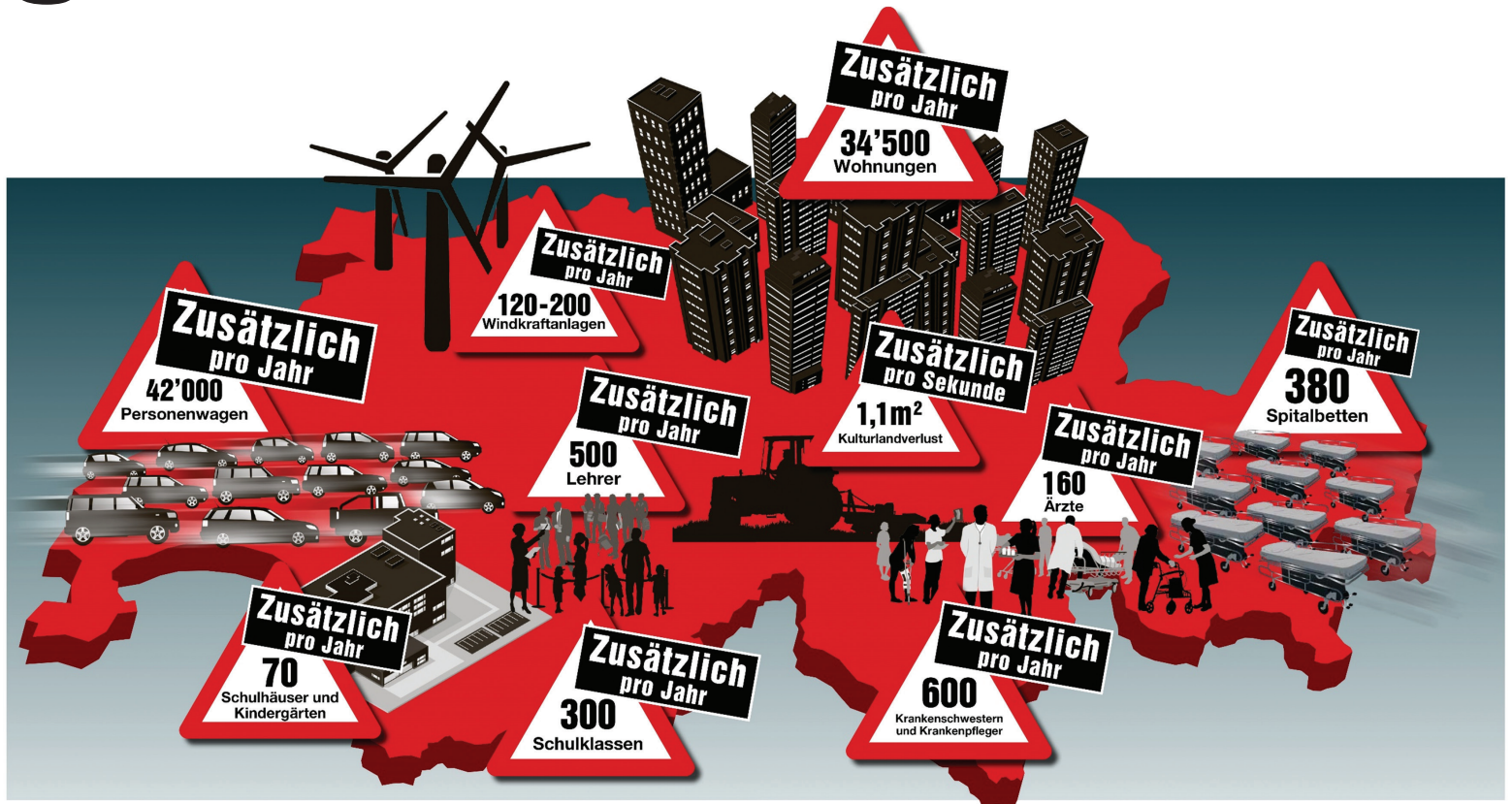
Und was ist jetzt zu tun?

Auch diese Frage haben Volk und Stände mit dem neuen Verfassungsauftrag beschlossen und verbindlich in den Übergangsbestimmungen geregelt.

2 Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a drei Jahre nach dessen Annahme durch Volks und Stände noch nicht in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Genau das ist jetzt, nachdem überhaupt keine verfassungskonforme Ausführungsgesetzgebung existiert, vom Bundesrat zu tun. Die SVP-Fraktion fordert den Bundesrat auf, seinen verfassungsmässigen Auftrag zu erfüllen und bis am 9. Februar 2017 eine entsprechende Verordnung zu erlassen. Sollte sich der Bundesrat diesem Ver-

Masseneinwanderung geht weiter!



Sicher ist: Die Mehrheit von Volk und Ständen wird durch den Entscheid des Parlaments in die Minderheit gesetzt. Die Massenzuwanderung geht ungesteuert weiter. Die Folgen dieser Entwicklung sind täglich spür- und erlebbar.

fassungsauftrag ebenfalls widersetzen, können Volk und Stände diesen Verfassungsbrechern nur noch mit einer Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit den Riegel schieben.

Ein Referendum gegen das Verfassungsbruch-Gesetz gäbe der Bundesrats- und Parlamentsmehrheit unter der Leitung der FDP nur die Möglichkeit die Mehrheit von Volk und Ständen eine weitere Runde undemokratisch an der Nase herumzuführen. Mit dem heute vorliegenden Verfassungsbruch wird unsere Demokratie mit Füßen getreten.

Dieses FDP-angeführte fast landesverräterische Vorgehen der Parlamentsmehrheit, feige von der CVP mit einer heuchlerischen Stimm-

enthaltung unterstützt, ist an Demokratieverachtung nicht mehr zu übertreffen. Ob die Wortschöpfung „Verfassungsbrecher“ bewusst oder zufällig das Wort Verbrecher enthält, kann jede und jeder hier im Parlament für sich selber beurteilen.

Masseneinwanderung geht weiter

Sicher ist: Die Mehrheit von Volk und Ständen wird hier in die Minderheit gesetzt. Die Massenzuwanderung geht ungesteuert weiter. Die Folgen dieser Entwicklung sind täglich spür- und erlebbar: Die Regeldichte im Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit und der Lohndruck nehmen zu. Die Mieten werden noch teurer und die Infrastrukturkosten werden ins Unermessliche steigen. Ein zubetoniertes Land, überfüllte

Züge und verstopfte Strassen sind Alltag. Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch, Kulturwandel in den Führungsetagen und eine immer weniger stattfindende Integration beeinträchtigen die Lebensqualität unserer Kinder und Grosskinder massiv. Die SVP kämpft unvermindert und konsequent weiter gegen diese Verfassungsbrecher und gegen die Massenzuwanderung.

von Nationalrat und
Fraktionspräsident
Adrian Amstutz,
Sigriswil (BE)



12 Energiereferendum



Der grösste Irrtum der Befürworter der Energiestrategie und des Energiegesetzes ist aber, dass es bei der Vorlage nicht nur um den Strom, sondern um den gesamten Energieverbrauch geht. Die Ziele im Gesetz zeigen dies deutlich: um satte 43 Prozent soll der Gesamtenergieverbrauch bis 2035 reduziert werden. Eine praktische Halbierung unseres bisherigen Verbrauchs und ein Rückfall in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Wohin das führt zeigt der Bund gleich selber auf, indem er z.B. Ölheizungen bis 2029 verbieten will. Ebenso sind Sanierungszwangsmassnahmen bei Gebäuden sowie neue schärfere Grenzwerte bei Fahrzeugen vorgesehen.

Steuern und Abgaben auf Energieträger werden massiv ansteigen müssen, ansonsten die Ziele nicht erfüllt werden können. Unsere gesamte Wirtschaft, aber auch die Bevölkerung, werden in ein staatliches Korsett gezwängt.

Was kommt als nächstes? Eine Vorschrift nur noch kalt zu duschen? Ein Verbot für Benzinautos oder Lastwagen? Zwangsversteigerungen, wenn jemand sein Haus nicht sanieren kann, weil die Mittel fehlen? Stoppen wir diesen Wahnsinn, bevor es zu spät ist! Unterschreiben Sie deshalb jetzt das Referendum gegen das Energiegesetz. Zu dieser Frage muss das Schweizer Volk das letzte Wort haben!



Nationalrat Toni Brunner (SG)

Mit der Aktion „Kerzen sind für den Notfall, die Festtage und für Romantik!“ haben am 28. November folgende Nationalrätinnen und Nationalräte erneut Unterschriften gegen das ruinöse Energiegesetz, das pro Haushalt rund 3'200 Franken jährlich kosten wird, gesammelt.



Parteipräsident Albert Rösti gibt letzte Instruktionen vor dem Sammeln.



Nationalrätin Verena Herzog (TG): Wollen Sie doppelt so viel bezahlen für Heizöl? Sicher nicht!



Unterschriftenbogen liegt bei.



Nationalrat Bruno Walliser (ZH) ist mit voller Energie - trotz Kälte - bereit zum Sammeln.



Nationalrat Marcel Dettling (SZ): Wollen Sie 26 Rappen mehr für Benzin bezahlen? Nein Danke!

NEIN zu unbezahlbarer Energie!

Die Energiestrategie 2050 nimmt uns nicht nur die Freiheit selber zu entscheiden wie wir leben. Sie schmälert auch unsere Lebensqualität und unseren Wohlstand und gefährdet unsere Arbeitsplätze. Ausserdem wird sie uns alle sehr viel Geld kosten. Der Bund schätzt die Kosten der Energiestrategie auf rund 200 Milliarden Franken. Diese Summe haben wir Bürger und unsere Wirtschaft zu berappen!

So müssen wir mit einer **Verdoppelung des Preises für Heizöl** rechnen. Wir müssen **26 Rappen mehr pro Liter Benzin** bezahlen. Dazu kommen die massiven **Preisaufschläge auf Strom und auf allen in der Schweiz hergestellten und transportierten Produkten!** Die Energiestrategie 2050 kostet **jeden vierköpfigen Haushalt 3'200 Franken** – pro Jahr! Geld, das im Alltag fehlt, zum Beispiel für Ferien!



Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (GR)

Für eine starke Schweiz!

Die Steuerreform sichert den Erfolg der Schweiz. Sie ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft:

- sichert Arbeitsplätze und Aufträge für KMU
- stärkt den Forschungs- und Werkplatz
- stärkt Kantone und Föderalismus
- sichert Steuereinnahmen
- bringt Wohlstand für alle

« Nur ein Ja zur Steuerreform sichert Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in unserem Land! »



Thomas Matter,
Nationalrat und Unternehmer (ZH)

Wettbewerbsfähig
bleiben.
Arbeitsplätze
sichern.



12. Februar 2017

www.steuerreform-ja.ch

Steuerreform **Ja**

Milliarden Franken Entwicklungshilfe

Die Schweiz zahlt Milliarden Franken ins Ausland für fragwürdige Projekte und korrupte Staaten – und dafür fehlt das Geld in der Schweiz. Das versteht die arbeitende Bevölkerung nicht mehr. Zu Recht.

Mit Erstaunen haben wir kürzlich erfahren, dass die Schweiz 500'000 Franken an die Clinton-Stiftung zahlte. An eine Stiftung von zwei amerikanischen Politikern nicht ohne Selbstprofilierungsbedürfnis. Und man fragt sich: Ist das der Sinn und Zweck unserer Entwicklungshilfe?

Sie werden staunen, wofür alles Millionen Franken Steuergelder ausgegeben wurden. Alles unter dem Titel «Internationale Zusammenarbeit». Eine Auswahl:

Projekt 5462: «Bewertung der genderspezifischen Fragen in der georgischen Landwirtschaft»

Projekt 5536: «Etablierung von sozialer Verantwortung in der mongolischen Gesellschaft»

Projekt 5604: «Afrikanische Fazilität für inklusive Marktentwicklung»

Projekt 5733: «Verbesserung der Beziehung unter dem UNRWA-Personal»

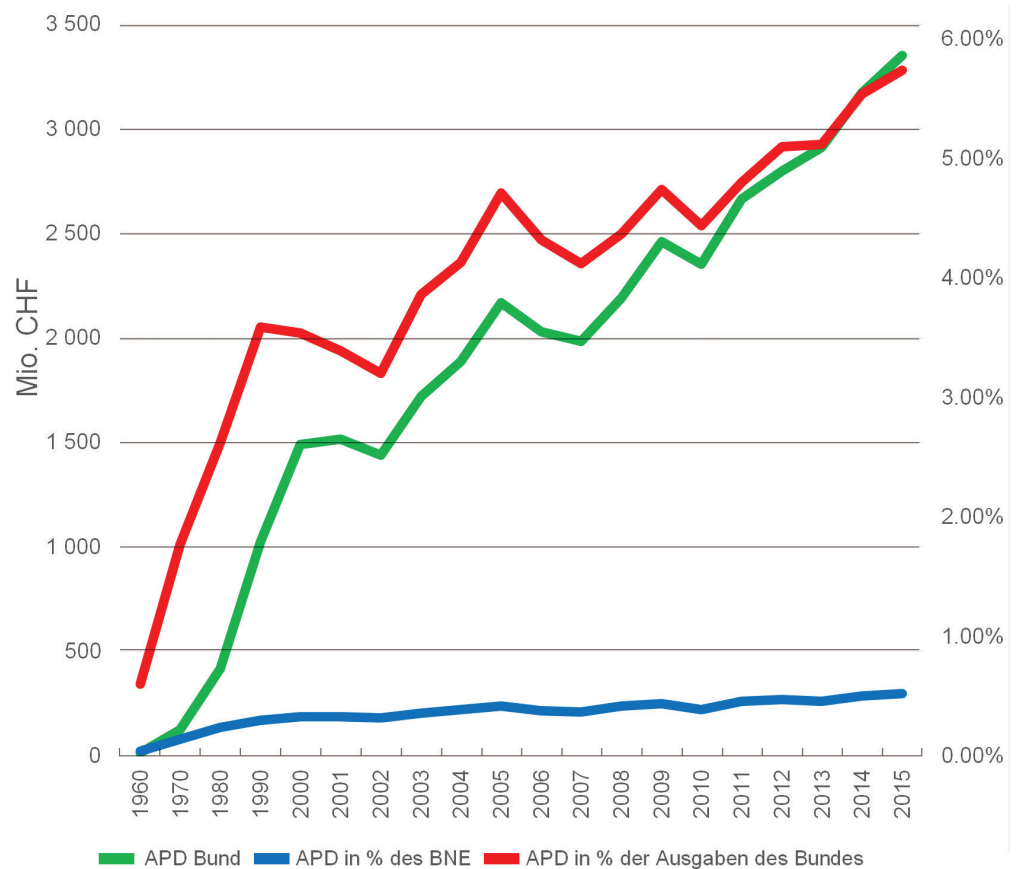
Projekt 5023: Geld für eine Buchedition mit dem Titel «Der völkerrechtliche Status der Palästina-Flüchtlinge»

Hunderte zusätzliche Stellen im EDA

Ich könnte Dutzende weitere Projekte mit ähnlich fragwürdigen Inhalten aufzählen. Es handelt sich hier nicht um Ausnahmen. Wir geben Millionen aus für Studien, Konferenzen, Workshops, runde Tische und Mietzuschüsse an UN-Büros. Es fliessen Schweizer Steuergelder direkt in die Staatsbudgets hochkorrupter afrikanischer Regimes – alles unter dem Titel Entwicklungshilfe und ohne wirkliche Kontrolle.

Offenbar hat die Führung des Departements für auswärtige Angelegenheiten den Fokus verloren, wo die Schwerpunkte in der Entwicklungshilfe zu setzen sind. Diese Desorientierung in der Entwicklungshilfe hat wohl auch

Fragwürdige Entwicklungshilfemilliarden



Quelle: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Entwicklung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) und der privaten Spenden der NGOs der Schweiz 1960 - 2015 (Mio. Fr.)

damit zu tun, dass dieser Aufgabenbereich ein enormes Wachstum hinter sich hat: Seit 2002 hat das Personal im EDA um 908 Stellen zugenommen. Die Gesamtausgaben sind angestiegen wie kaum in einem anderen Bereich. Seit 2000 von 2271 Millionen auf 3998 Millionen (Budget 2017).

Parlamentsmehrheit gegen Kürzungen

Die SVP-Fraktion hat in der Budgetdebatte eine Kürzung der Entwicklungshilfe gefordert – leider ohne Unterstützung der anderen Parteien. Das heisst, wir zahlen weiter Milliarden Franken ins Ausland für fragwürdige

Projekte und korrupte Staaten, für internationale Konferenzen und Genderprogramme in der georgischen Landwirtschaft – und dafür fehlt das Geld in der Schweiz. Das versteht ein grosser Teil unserer arbeitenden Bevölkerung nicht mehr. Zu Recht.

von Nationalrat
Peter Keller,
Hergiswil (NW)





17. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundesrat Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 18. Februar 2017

10:00 – 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr

**Sporthalle Güttingersreuti,
Weinfelden TG**

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

- Jassgebühr: Fr. 30.-
ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 18.-
Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-mail, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Anmeldung werden Sie eine Bestätigung per Post erhalten inkl. Details und Wegbeschreibung.

Anmeldeschluss ist der 10. Februar 2017

Organisation

SVP Weinfelden unter der Leitung von OK-Präsident Manuel Strupler und Nationalrat Felix Müri. Turnierleiter: Fabian Cadonau.

✂-----

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 17. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 18. Februar 2017 an:

☐ Französische Karten ☐ Deutschschweizer Karten ☐ Egal

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

Anmeldung bis spätestens 10. Februar 2017 an:

SVP Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: saurer@svp.ch